

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

07.03.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Angriff auf Atomkraftwerk in der Ukraine: Sorge in MV</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.03.2022</i> .....	3
2   <b>Landesministerium: Wartung von Nord Stream 2 nicht gefährdet</b> <i>nordkurier.de, 05.03.2022</i> .....	5
3   <b>IAEA-Chef will in Sperrzone von Tschernobyl reisen</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.03.2022</i> .....	6
4   <b>“Ein zweites Tschernobyl werden wir nicht erleben”</b> <i>DIE WELT, 07.03.2022</i> .....	8

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.03.2022 | S. 1

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

## PUTINS KRIEG

# Angriff auf Atomkraftwerk in der Ukraine: Sorge in MV

## Strahlen würden im Ernstfall Nordosten erreichen / Bunker gibt es nicht

Der Beschuss eines ukrainischen Atomkraftwerks durch russische Truppen hat die Welt in Angst versetzt. Angesichts der Unberechenbarkeit Putins wächst in MV die Sorge vor einer möglichen nuklearen Wolke durch weitere Angriffe auf Atomanlagen. Gefahren bestünden nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz vor allem für den landwirtschaftlichen Bereich, also für Lebens- und Futtermittel. „Es wird nicht erwartet, dass darüber hinaus Maßnahmen des Katastrophenschutzes notwendig sein könnten - wie der Aufenthalt in Gebäuden oder eine Evakuierung“, so eine BfS-Sprecherin.

Dass es erst gar nicht zu einer solchen Eskalation komme, sei jetzt Aufgabe der Politik auf Bundes-, europäischer und globaler Ebene, mahnte Innenminister Christian Pegel (SPD). Dennoch hat das Land vorgesorgt. Bei den Katastrophenschutzbehörden im Land lagern 400 000 Jod-Tabletten, Verteilpläne regeln die Ausgabe. Das Sirenenwarnsystem werde aktuell wieder aufgebaut. Zudem gebe es ein Messsystem, mit dem die Ausbreitung der Wolke beobachtet werden würde, um die Bevölkerung rechtzeitig zu warnen. Pegel sagt aber auch: „Es gibt keinen verlässlichen Schutz für den Fall, dass eine radioaktive Wolke nach MV gelangt.“ Eine staatlich gelenkte Vorhaltung von Atomschutz-Bunkern wie zu Zeiten des Kalten Krieges gibt es laut Ministerium nicht. Dies sei auch eine ethische Frage. Die DDR-Bunker waren vor allem Führungskadern vorbehalten.

Ob und wie viel radioaktive Stoffe im Falle eines Angriffs auf ein ukrainisches AKW hier ankommt,

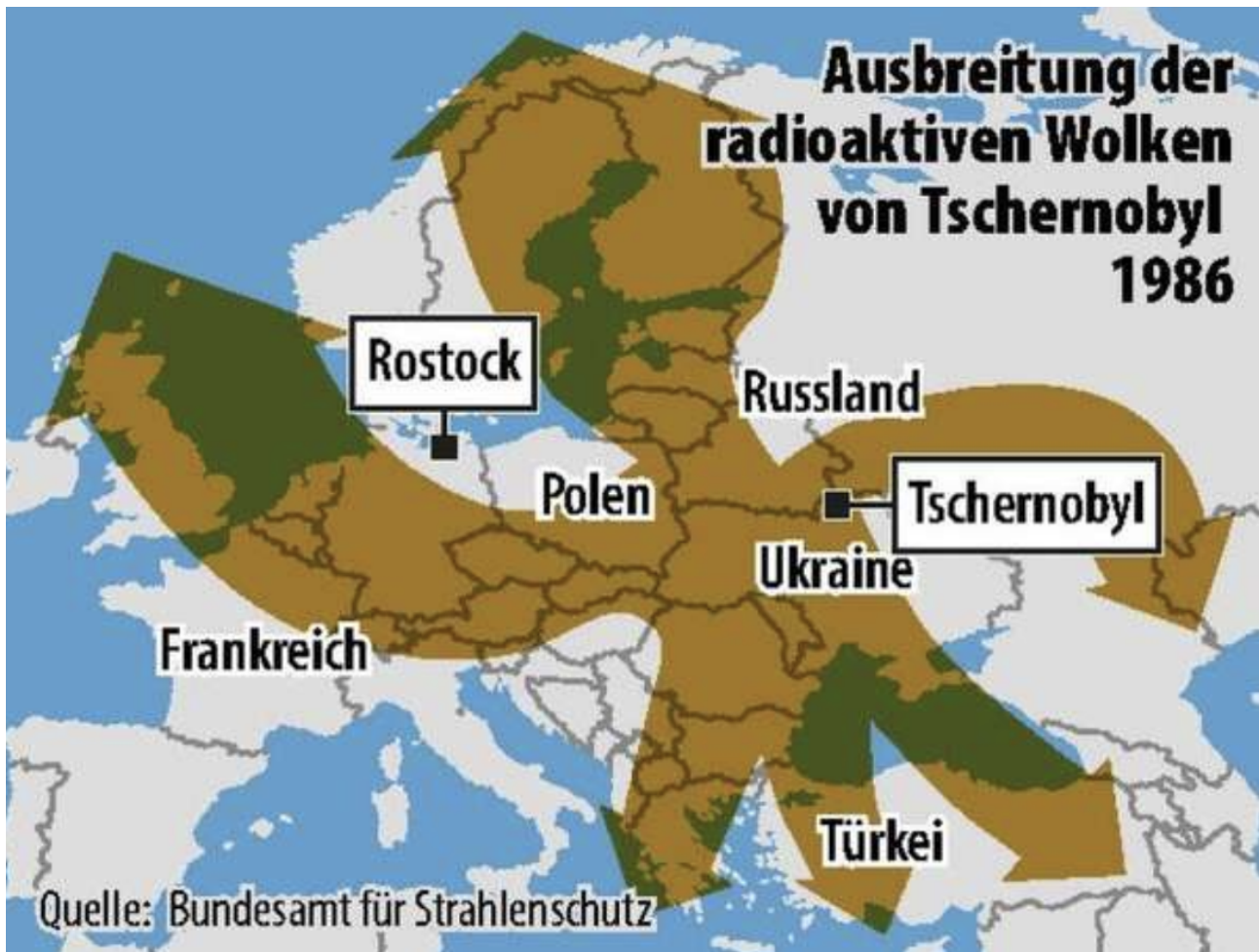
hängt maßgeblich vom Wetter ab. Im April 1986 nach dem GAU von Tschernobyl schrammte der Norden Deutschlands dank günstiger Wind- und Regenverhältnisse weitgehend an einer Belastung durch radioaktive Wolken vorbei, dennoch wurde im Südwesten des heutigen MVs der Boden stärker durch Cäsium-137 kontaminiert.

Eine umfassende Expertise im Umgang mit möglichen atomaren Gefahren liegt bei den Betreibern des atomaren Zwischenlagers (ZLN) in Lubmin. Könnten dort entwickelte Notfallpläne aufs Land ausgerollt werden? Nein, sagt **EWN**-Chef Henry Cordes. Die Notfall- und Maßnahmenpläne seien für den internen Schutz der Belegschaft bestimmt. Der atompolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Hannes Damm, mahnt: „Die Behörden sollten den Vorfall im AKW Saporischschja zum Anlass nehmen, Notfall- und Vorsorgepläne zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren.“

Der Beschuss des AKW ist nicht die erste kritische Situation für eine atomare Anlage in der Ukraine. In den ersten Kriegstagen wurden zwei Lager für radioaktive Abfälle bei Charkiw und Kiew getroffen. Bei der Einnahme des KKW Tschernobyl waren erhöhte Messwerte gemeldet worden. Mehr in dieser Ausgabe

### Zitat-Text:

**„Es gibt keinen verlässlichen Schutz für den Fall, dass tatsächlich eine radioaktive Wolke nach MV gelangt.“ - Christian Pegel (SPD), Innenminister von MV**



## Landesministerium: Wartung von Nord Stream 2 nicht gefährdet

*Erst das auf Eis gelegte Genehmigungsverfahren, dann die Sanktionen: Das Unternehmen hinter der umstrittenen Pipeline ringt mit der Insolvenz. Deutsche Behörden sehen die Wartung nicht gefährdet.*

**Schwerin.** Das Wirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern sieht die Wartung der Nord-Stream-2-Pipeline auch im Falle einer Insolvenz der Betreibergesellschaft als nicht gefährdet an. In der Ausschließlichen Wirtschaftszone Deutschlands sei das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) zuständig, für die Anlandestation in Lubmin sowie die Pipeline innerhalb der 12-Meilen-Zone das Bergamt in Stralsund, teilte das Ministerium am Freitag in Schwerin mit.

Das Bergamt geht den Angaben nach davon aus, dass die deutsch-russische Pipeline sicher ist und keine Maßnahmen angeordnet werden müssen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung Ende 2021 habe es hierzu aktuelle Prüfbescheinigungen unabhängiger Sachverständiger gegeben, die Dichtheit und Festigkeit der Leitung attestieren.

Die praktische Wartung der Anlandestation in Lubmin nahe Greifswald übernimmt dem Landeswirtschaftsministerium zufolge zudem die Gascade GmbH aus

Kassel, die Betreiberfirma der deutschen Erdgasleitung, die in Lubmin beginnt. Wie das Unternehmen auf Anfrage mitteilte, stehe man in permanentem Austausch mit der Nord Stream 2 AG. „Ungeachtet der derzeit unklaren Gesamtsituation stellt Gascade als Betriebsführer den betriebssicheren Zustand der Molchempfangstation sicher“, hieß es weiter.

Das „Handelsblatt“ hatte mit dem Verweis auf Insider berichtet, dass die Nord Stream AG mit Sitz im Schweizer Kanton Zug die Fernwartung der Pipeline habe einstellen müssen. Dem Bericht zufolge sah sich der hierfür nötige Dienstleister wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen gezwungen, entsprechende Verträge zu kündigen. Nord Stream 2 äußerte sich auf Anfrage nicht. Hinter dem Unternehmen steht mehrheitlich der russische Konzern Gazprom.

**Der Betreiber der russischen Pipeline Nord Stream 2 mit Sitz im Schweizer Kanton Zug soll nach Angaben einer Behördenvertreterin vor dem Aus stehen.**

## IAEA-Chef will in Sperrzone von Tschernobyl reisen

**Die Internationale Atomenergiebehörde mahnt zu besonderer Vorsicht / Von Stephan Löwenstein, Wien**

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat Russland und die Ukraine dringend aufgefordert, sich auf eine Rahmenvereinbarung zum Schutz von Nuklearanlagen während der Kampfhandlungen zu verständigen. IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi möchte zur Vermittlung einer solchen Vereinbarung in den nächsten Tagen in die Ukraine reisen, und zwar in die von russischen Kräften gehaltene Sperrzone von Tschernobyl. "Ich bin bereit zu kommen," sagte er am Freitag in Wien. Grossi stellte klar, dass er nicht als politischer Vermittler auftrete, sondern allein im Rahmen seines Auftrags für die Sicherheit von Nuklearanlagen. Er stehe mit der ukrainischen und russischen Seite in Kontakt.

Grossi nannte sieben Punkte, die essenziell für die Sicherheit und Absicherung von nuklearen Einrichtungen wie Reaktoren oder Lagern von Atommüll seien. Diese müssten in einer entsprechenden Rahmenvereinbarung behandelt werden. An erster Stelle stehe die physische Unversehrtheit der Einrichtungen. Zweitens müssten die Sicherheitssysteme ununterbrochen am Laufen gehalten werden. Das Personal müsse ungehindert seine Arbeit verrichten können. Die Stromversorgung müsse gewährleistet sein. Die Nachschubkette müsse offen bleiben, beispielsweise für Ersatzteile. Die Messsysteme für Radioaktivität müssten immer aktiv bleiben. Schließlich müsse eine ständige Kommunikation sichergestellt bleiben. Diese Punkte habe er auch auf der Dringlichkeitssitzung des IAEA-Gouverneursrats vorgetragen. Alle Vertreter dort hätten ihm voll zugestimmt (das heißt, auch der russische; die Ukraine ist dort derzeit nicht vertreten). "Dennoch wurde gegen den ersten Punkt, die physische Integrität, verstoßen." Worte müssten beim Wort genommen werden. Daher wolle die IAEA handeln. "Wir müssen etwas tun". Die Ukraine habe die IAEA um direkte Unterstützung ersucht, dem müsse im Rahmen des Möglichen nachgekommen werden.

Der IAEA-Generaldirektor forderte eine erneuerte Selbstverpflichtung Russlands und der Ukraine, nicht mehr gegen die sieben Prinzipien zu verstoßen. "Ich

schlage einen Rahmen und eine Vereinbarung vor, damit das nie mehr passiert." Das organisatorische zu bewerkstelligen sei nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Dass das an dem symbolträchtigen Ort der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stattfinden soll, begründete Grossi mit "einer Anzahl von technischen Gründen". Es sei aber auch geeignet, "effektiver zu sein in diplomatischen Begriffen".

Grossi berichtete über das Geschehen in der Nacht zum Freitag am Kernkraftwerk Saporischschja im Südosten der Ukraine. Dabei bezog er sich auf seine Informationen, die ihm seine Ansprechpartner auf ukrainischer Seite aus erster Hand gegeben hätten. Ein Projektil habe ein Gebäude auf dem Gelände des Kraftwerks getroffen. Das Gebäude sei nicht Teil eines der sechs Reaktoren, aber stehe den Reaktorblöcken nahe. Es sei ein lokal begrenzter Brand entstanden, also offenbar nur an diesem Nebengebäude. Das Feuer sei durch den Brandschutz am Werk gelöscht worden. Die Reaktoren und ihr Sicherheitssystem seien "in keiner Weise" betroffen gewesen. Es sei keine Radioaktivität ausgetreten, die Messsysteme funktionierten weiter.

Bei dem Vorfall seien zwei Personen verletzt worden. Sie gehörten zum Sicherheitspersonal am Kraftwerk. Ob die Verletzungen durch den Brand oder durch Kampfhandlungen verursacht wurden, dazu machte der IAEA-Chef keine Angaben. Er sagte, es sei unbekannt, welcher Art das Geschoss gewesen sei, das den Brand verursacht hat. "Soviel wir wissen", sei es von den russischen Kräften abgefeuert worden. Er bestätigte, dass der Kontrollraum des Kraftwerks mit allem, was dazugehört, in der Hand des ukrainischen Personals sei, das Gelände aber militärisch von den russischen Truppen kontrolliert werde.

Obgleich der Vorfall bezüglich der Sicherheit des Kernkraftwerks glimpflich ausgegangen ist, sei es schwierig, die Lage dauerhaft unbeschadet durchzustehen. "Durch das Projektil . . . hatten wir eine Situation, die hätte dramatisch werden können. Wir sollten nicht warten, bis so etwas passiert." Von den anderen fünf

ukrainischen Kernkraftwerken gebe es keine Meldungen über Vorfälle. Auch wegen Tschernobyl gebe es keinen speziellen Anlass zur Besorgnis, die Überwachung und die Messsysteme funktionierten. "Im Moment haben wir eine normale Abnormalität." Er be-

absichtige im Moment nicht, Personal der IAEA in die Ukraine zu schicken. "Zuallererst brauchen wir eine Rahmenvereinbarung. Wenn ja, dann könnte man darüber reden, Leute zu schicken. Aber ich würde nie meine Leute in Gefahr schicken."

## “Ein zweites Tschernobyl werden wir nicht erleben”

### Der Angriff auf das Kernkraftwerk in der Ukraine hat viele Ängste heraufbeschworen. Ein Experte für Reaktorsicherheit erklärt, welche realen Gefahren bestehen

In der vergangenen Nacht wurde das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja durch russische Streitkräfte beschossen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach von einem gezielten Beschuss von Reaktorblöcken durch russische Panzer und warf Russland in einer Videobotschaft "Nuklear-Terror" vor. Sebastian Stransky, Ingenieur für Kernenergietechnik, leitet bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) die Abteilung "Internationale Projekte" und ist Spezialist für russische Reaktortypen. Im Interview erklärt er die Sicherungssysteme und potenziellen Gefahren.

#### WELT: Was ist in der letzten Nacht im Atomkraftwerk Saporischschja passiert?

**Sebastian Stransky:** Ich gehe davon aus, dass es sich um keinen Raketenbeschuss gehandelt hat. Es gab Gefechte im Zufahrts- und Eingangsbereich des Kraftwerksgeländes, ein Trainingsgebäude für Personal ist durch den Beschuss partiell beschädigt worden und teilweise in Brand geraten. Auch ein weiteres Gebäude des Reaktorblockes 1 wurde getroffen, es handelt sich um Hilfs- und Unterstützungsanlagen. Dort gab und gibt es jedoch keine Beeinträchtigung der Sicherheitsfunktion und des Betriebes. Der entstandene Brand ist inzwischen gelöscht. Radioaktivität wurde nicht freigesetzt.

#### Woher wissen Sie, dass es keinen Raketenangriff gab?

Ich kann es natürlich nicht wirklich wissen, jedoch wäre aus meiner Sicht dann das Schadensbild ein völlig anderes. Nach einem Raketenangriff würden die Gebäude wesentlich schwerer beschädigt oder zerstört sein.

#### Besteht die Gefahr, dass es durch militärischen Beschuss eines Atomkraftwerks zu einem schweren Störfall oder gar Kernschmelze kommt?

Völlig ausschließen lässt sich das nicht. Doch das pas-

siert erst, wenn sämtliche Sicherheitssysteme in ihrer Gesamtheit ausfallen. Und diese Sicherheitssysteme sind mehrfach redundant.

#### Was bedeutet das genau?

Jeder Reaktorkern in einem Block muss fortlaufend gekühlt werden, und zwar auch dann noch, nachdem der Reaktor abgeschaltet wurde, denn der radioaktive Zerfall in den Brennelementen läuft weiter und produziert Wärme. Dafür gibt es bei dem Typ in Saporischschja pro Reaktorblock drei unabhängige Sicherheitsstränge zur Kühlung, also Pumpen, Wärmetauscher und Aggregate, um die Wärme abzuführen. Einer allein wäre dafür ausreichend. Diese drei Kühlstränge müssen natürlich mit Strom versorgt werden. Für den Fall eines Stromausfalls gibt es eine Notstromversorgung durch Dieselgeneratoren, die für sieben bis zehn Tage ausreicht. Für den Fall, dass auch diese ausfällt, gibt es noch einen mobilen Dieselgenerator, um einige Stunden zu überbrücken. Erst wenn all das versagt, käme es zu einem Störfall, an dessen Ende ohne Gegenmaßnahmen es zu einer Kernschmelze kommen könnte.

#### Droht Europa in einem solchen Fall ein zweites Tschernobyl?

Nein, ein zweites Tschernobyl werden wir in Europa nicht erleben. Bei heutigen ukrainischen Reaktoren handelt es sich um ganz andere Reaktortypen als bei Tschernobyl. Während bei Tschernobyl Grafit für die Neutronenmoderation eingesetzt wurde, verwendet man bei den Reaktortypen Wasser. Es kann dadurch nicht zu einem solchen "Höllengefeuer" wie bei Tschernobyl kommen.

#### Könnte es ein zweites Fukushima geben? Dort gab es, nachdem die Stromversorgung ausgefallen war, eine Wasserstoffexplosion, das Dach eines Reaktorgebäudes wurde weggesprengt.

Das wäre bei den ukrainischen Reaktoren sehr unwahrscheinlich. Denn im Gegensatz zu Fukushima

wurden und werden die ukrainischen KKW mit sogenannten Wasserstoffrekombinatoren ausgerüstet, mit denen der entstehende Wasserstoff im Inneren gebunden werden soll. Zudem haben die Reaktoren eine Stahlbetonummantelung, im technischen Sprachgebrauch Containment genannt.

### Angenommen, ein Gegner beschießt ein Atomkraftwerk mit Raketen. Gibt es dagegen eine Absicherung?

In Deutschland sind die Atomkraftwerke gesichert gegen den Absturz eines größeren Verkehrsflugzeugs - auch im Hinblick auf Angriffe durch Terroristen. Aber während es bei der Zertifizierung von Atomkraftwerken viele internationale Standards gibt, ist diese spezifische Sicherung eine nationale Entscheidung. Die ukrainischen Atomkraftwerke sind gesichert gegen Kleinflugzeuge von bis zu zehn Tonnen, die mit 750 km/h fliegen.

### Das bedeutet also, einem Raketenangriff würden sie nicht standhalten. Was wäre der Worst Case?

Ein Worst-Case-Szenario würde nicht automatisch durch den Raketenbeschuss entstehen, sondern erst,

wenn infolge des Beschusses es nicht gelingt, die Kühlung des Reaktors sicherzustellen. In dem Fall könnte jedoch Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt werden, sodass man Menschen evakuieren müsste, vielleicht auch großräumig. Je nach Wetterlage könnte auch eine radioaktive Wolke Europa erreichen. Viel wahrscheinlicher aber natürlich auch Russland und Belarus. Aber man muss dazu sagen: Atomkraftwerke sind für Russland kein lohnendes militärisches Ziel.

### Warum nicht?

Putin möchte die Ukraine ja einnehmen, nicht unbewohnbar machen. Aber selbst der Raketenbeschuss eines Reaktors führt nicht zwangsläufig zu einer Kernschmelze - aufgrund der erwähnten Sicherheitssysteme.

### Rund die Hälfte der ukrainischen Stromversorgung hängt von Atomkraft ab. Könnte ein Beschuss von Reaktoren vielleicht zum Ziel haben, diese auszuschalten? Ist Saporischschja nun abgeschaltet und kommt es dadurch zu Engpässen?

Dazu liegen mir keine Informationen vor.

## Atomkraftwerke in der Ukraine

